

1. In aller Kürze..... 1
 2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle..... 2
 3. Aus den Fachbereichen..... 3
 4. Lesenswertes.....6
 5. Termine auf einen Blick..... 6
 6. Hilfreiche Tipps.....6
 7. Impressum.....6

1. In aller Kürze

29. Juni 2006:

Perspektiven der Anti-Atomkraft-Bewegung

Am 10. und 11. Juni hat in Hannover ein Auswertungs- und Strategietreffen des Verbände-Netzwerkes stattgefunden, das sich im Vorfeld des 20. Tschernobyljahrestages gebildet hatte. Vom BBU-Vorstand hat Udo Buchholz an dem Treffen teilgenommen. Das Protokoll des Treffens kann bei der BBU-Geschäftsstelle angefordert werden.

28. Juni 2006:

Mobilfunk-Forschungsprogramm umfasst 51 Projekte

Das vom Bundesumweltministerium (BMU) initiierte Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm (DMF) zu den gesundheitlichen Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder umfasst nach Angaben der Regierung insgesamt 51 Forschungsprojekte. Dies teilt sie in dem als Unterrichtung vorgelegten zweiten Bericht über die Forschungsergebnisse in Bezug auf

Emissionsminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen (16/1791) mit. Dem Bereich Biologie seien dabei 23 Projekte, dem Bereich Dosimetrie (Strahlungsmessung) 13, der Epidemiologie acht und dem Bereich Risikokommunikation sieben Projekte zugeordnet.

Weitere Infos unter <http://www.das-parlament.de/2006/26/PlenumundAusschuesse/025.html>

27. Juni 2006:

Neues AKW in NRW?

Verschiedene Medien berichten über ein drohendes neues AKW in NRW. In der Jungen Welt heißt es dazu: „Die nordrhein-westfälische Landesregierung will verstärkt an einer neuen Atomreakorteknik forschen lassen. Innovationsminister Andreas Pinkwart dementierte am Mon-

tag allerdings, die Landesregierung prüfe bereits den Neubau eines Hochtemperaturreaktors. Vielmehr wolle NRW die vorhandene Kompetenz im Bereich der Kerntechnologie erhalten und ausbauen, so der FDP-Politiker am Montag in Düsseldorf. Zuvor hatte Pinkwart im Interview mit der Westfälischen Rundschau angedeutet, man plane den Neubau einer solchen Anlage."

26. Juni 2006:

Braunbär Bruno ist tot

Mehrere Wochen hatte der Braunbär „Bruno“ die Öffentlichkeit fasziniert. Nach mehr als 170 Jahren war erstmals wieder ein wildlebender Bär im deutsch-österreichischen Grenzgebiet gesichtet worden. Doch die anfängliche Begeisterung wich schnell, als die ersten Schafe und Hühner dem Bären zum „Opfer“ fielen. Sämtliche Fangversuche scheiterten. Ein finnisches Spezialteam mit extra ausgebildeten „Elchhunden“, die auf das Stellen von Bären trainiert sind, versagte genauso wie Suchtrupps mit Betäubungsge-

wehren. Am Wochenende wurde der Bär dann zum Abschuss freigegeben. Und kurz darauf, am Montag gegen 5:45 Uhr in der Nähe des Spitzingsees erlegt.

Erstaunlich ist nur, dass man mehrere Wochen nicht in der Lage ist, das Tier mit einem Betäubungsgewehr zu treffen – kaum ist der Bär zum Abschuss freigegeben, ist er aber auch schon tot!

Weitere Infos zum Verlauf im Internet unter <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03101/>

19. Juni 2006

Demonstration am AKW Neckarwestheim

Über eine Demonstration am 18.6. berichtet die Heilbronner Stimme u. a.: „Abschalten statt Lauf-

zeit verlängern!" lautete die Forderung des Bunds der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN; Anm.: Eine BBU-Mitgliedsinitiative) bei einer Kundgebung am Sonntag vor dem Kern-

kraftwerk in Neckarwestheim. Im Juni 1976 lieferte der Druckwasserreaktor GKN I das erste Mal Strom ins Netz. Für die BBMN war dieser 30. Jahrestag aber kein Anlass zum Feiern, sondern ein Grund, auf die Gefahren der Atomkraft und die Möglichkeiten alternativer Energien hinzuwei-

sen. Beim anschließenden Protestzug führten die laut Veranstalter rund 50 Teilnehmer 30 gelbe Behälter mit sich. Jeder einzelne symbolisierte 18 Tonnen Atommüll, die laut BBMN jedes Jahr im Block I anfallen.

12. Juni 2006:

Auszeichnung für vorbildliches Projekt im Gewässerschutz

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) ehrte am 08. Juni den Wasserverband Dannenberg im niedersächsischen Wendland mit der Auszeichnung „Gewässerschutzprojekt des Monats“ für sein vorbildliches Engagement zum Schutz des Trinkwassers.

Auf einer Fläche von 3,5 Hektar rund um die drei Trinkwasserbrunnen des Wasserwerks Dannenberg ließ der Wasserverband Dannenberg 70% der Nadelbäume fällen und pflanzte stattdessen über 5.300 Laubgehölze. Karl Rick, Geschäftsführer des Wasserverbandes Dannenberg: „Unter Mischwald bildet sich bis zehnmals mehr Grundwasser als unter Nadelwald“. Den ausführlichen Bericht gibt es unter <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=22521>

07. Juni 2006:

Biblis-Zwischenlager füllt sich

Das neue Brennelemente-Zwischenlager (BZL) auf dem Gelände des südhessischen Atomkraftwerks Biblis beginnt sich zu füllen. Seit der Inbetriebnahme Anfang Mai seien bereits fünf Castoren mit abgebrannten Brennelementen aus Block A eingelagert worden, in Kürze komme noch ein Castor hinzu, teilte die Kraftwerksleitung am Mittwoch mit.

Für September ist den Angaben zufolge die Einlagerung von 28 weiteren Castoren vorgesehen, die sich bislang noch in einem Interimslager auf dem Gelände befinden. Schließlich sollen Ende des Jahres vier Castoren in Block B beladen und anschließend im BZL eingelagert werden. Insgesamt ist das Zwischenlager für 135 Castoren ausgelegt.

Weitere Informationen im Internet unter <http://neckarwestheim.antiatom.de>
Quelle: ddp-Meldung vom 07.06.2006

01. - 30. Juni:

Wir erinnern uns....

Im Umweltschutz ist in den letzten Jahren viel geschehen, sowohl an Erfolgen als auch an

Katastrophen. Vieles ist in Vergessenheit geraten - zu Unrecht. Darum wollen wir jeden Monat an wichtige Ereignisse erinnern.

03.06.1979	Ölkatastrophe, Golf v. Mexiko	Ca. 170.000 t. Rohöl
05.06.1972	Erste UN-Umweltkonferenz	Stockholm
16.06.1975	1. Europ. Trinkwasserrichtlinie	
22.06.1998	Verabschiedung der Agenda 21 für den Ostseeraum	
24.06.1981	Erste Greenpeaceaktion in Deutschland	Aktivisten besetzen den Schlot der Pestizidfabrik „Boehringer“ in Hamburg
26.06.2006	Welttag gegen Folter	www.uno.de
28.06.2002	Inkrafttreten der des Biozid-Gesetzes	

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

The fight must go on – Eduard Bernhard wird 80!

Am 24. Juni wurde das langjährige, unvermindert aktive Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. Eduard Bernhard 80 Jahre alt. Trotz seines Alters legt Eduard Bernhard die Hände nicht in den Schoß. Im Gegenteil: Im Mai wurde er erneut für zwei Jahre in den Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

e.V. gewählt und ist dort schwerpunktmäßig für den Widerstand gegen die Atomanlagen in Süddeutschland zuständig. Zu den größten Erfolgen, die er mit erwirkt hat, zählt die erfolgte Stilllegung der Atomanlagen im hessischen Hanau. (...)

Eduard Bernhards thematische Bandbreite ist nahezu unbegrenzt. Er setzt sich nicht nur gegen Atomanlagen und Atomtransporte zur Wehr,

sondern auch gegen Autobahnen, Gentechnik und Chemieanlagen. (...)

Eduard Bernhard geht es immer um die Sache; Verbandsegoisten sind ihm fremd. So ist er u.a. auch Mitglied der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, des Bund Naturschutz (BN) in Bayern und des Dachverbandes der kritischen Aktionäre. Außerdem ist Eduard Bernhard Ehrenmitglied des Arbeitskreises Umwelt (AKU) Gronau in NRW.

In einer Würdigung anlässlich des 80. Geburtstages bezeichnete Udo Buchholz vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU Eduard Bernhard als „großen streitbaren Geist für konsequenten Umweltschutz“. Buchholz: „Wenn

mir 50- oder 60jährige sagen, sie seien zu alt für aktiven Umweltschutz, dann erzähle ich ihnen von Eduard und von seinem langen Atem. Der gesamte BBU-Vorstand hofft, dass Eduard Bernhard noch lange für den Umweltschutz aktiv sein kann. Eduards Motto in allen Lebenslagen ist: „The fight must go on!“ (Der Kampf geht weiter!). Dass das Motto topaktuell ist, zeigen die Debatten um die Verlängerung der AKW-Restlaufzeiten. Da hilft nur konsequenter Widerstand, und ich wünsche mir, dass Eduard noch recht lange mit Rat und Tat dabei ist.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU

Neues aus Bonn

Da war es passiert! Wenige Tage nach der Mitgliederversammlung (19.05. in Bonn) gab der altgediente und treuergebene PC unserer Geschäftsführerin Christine Ellermann den Geist auf. Festplattenschaden. Datenrettung möglich? Vielleicht. Effektives Arbeiten in den letzten zwei Wochen? Begrenzt. Die Aufregung war groß. Was tun? Ein neuer PC musste her und zwar schnell. Aber was für einer? In der Geschäftsstelle saßen wir, zwei Unprofis was Hardware anbetrifft, auf dem Trockenen. Viele Telefonate und Behelfsmails von meinem PC aus später nahte Rettung. Ein Ersatz-PC war gefunden.

Problem: Die Finanzierung. Wie ihr wisst, steht es um die Finanzen des BBU nicht gerade rosig. Dennoch sollte es ein PC sein, der keine „Notlösung“ darstellte und zuverlässig arbeitet,

um einen GAU, wie er nun passiert ist, zukünftig zu vermeiden.

Udo Buchholz, Mitglied unseres Geschäftsführenden Vorstandes, kam auf die rettende Idee: Ein Spendenaufruf im letzten BBU-Newsletter, um die desolate Technik im Büro auf Vordermann zu bringen.

Einige von euch sind diesem Aufruf sofort und großzügig gefolgt. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken! Es ist schön zu wissen, dass der BBU in beide Richtungen funktioniert und sich auch die Geschäftsstelle in Notlagen auf die BBU-Mitglieder verlassen kann.

Anm.: *Wir wollen an dieser Stelle nicht dreist erscheinen. Wir bedanken uns für die netten Spenden, aber leider reicht es zur Finanzierung des PCs noch nicht ganz. Daher freuen wir uns weiterhin über eure/ Ihre Unterstützung.*

Saskia von der Burg

3. Aus den Fachbereichen

Energie

Vor 20 Jahren: Einweihung der Deutschen Urananreicherungsanlage / Bürgerinitiativen fordern sofortige Stilllegung

Anlässlich des 20. Jahrestages der offiziellen Einweihung (12.6.1986) der Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau haben der BBU e. V. und seine Mitgliedsorganisation „Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau“ ihre Forderung nach der sofortigen Stilllegung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage bekräftigt. (...)

Die Gronauer Urananreicherungsanlage wurde vor 20 Jahren 1986 wenige Wochen nach der Tschernobylkatastrophe vom damaligen Bundesforschungsminister Riesenhuber eingeweiht. Gegen die Einweihung hatten vor der Anlage rund 300 Bürgerinnen und Bürger demonstriert. Die technische Inbetriebnahme der UAA Gronau war bereits im Sommer 1985 erfolgt.

Gegen den Bau und Betrieb der Urananreicherungsanlage gab und gibt es seit Jahrzehnten örtlichen und überörtlichen Widerstand. Es

gab wiederholt Tausende Einsprüche gegen die Anlage, Erörterungstermine wurden bestritten, es wurde vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster geklagt, immer wieder fanden Demonstrationen an der UAA statt, es gab Protestcamps und Blockaden der Anlage und von Urantransporten. Immerhin konnte hat der Mix der Aktionen dafür Sorge getragen, dass der Ausbau der Anlage verzögert werden konnte. Eine weitere Aktionsform sind die Sonntagsspaziergänge, die inzwischen traditionell seit Ende 1986 an jedem ersten Sonntag im Monat an der UAA Gronau stattfinden.

(...) BBU und AKU Gronau weisen darauf hin, dass es zunehmende Proteste gegen die Urantransporte von und nach Gronau gibt, zum Beispiel auch in Russland. Abgereichertes Uranhexafluorid, das in großen Mengen nach Russland geliefert wird, stößt nicht nur beim russischen Umweltverband Ecodefense auf Widerstand. Die gefährlichen Transporte erregen immer häufiger in Russland auch das Interesse

der Medien und offizieller Stellen. Zuletzt hatte am 31. Mai ein Transport mit rund 1000 Tonnen angereichertem Uranhexafluorid die UAA Gronau Richtung Russland verlassen. In verschiedenen Orten in NRW und in Niedersachsen hatte

es Protestaktionen gegen den Transport gegeben.
(Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des AKU Gronau und des BBU)

BBU gegen neue Urananreicherungsanlage in den USA

US-Botschaft soll Anlagenbau unterbinden
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. lehnt den Bau einer Urananreicherungsanlage des deutsch-britisch-niederländischen Urenco-Konzerns in den USA ab. Urenco hatte zu Beginn der Woche mitgeteilt, dass der Konzern die Genehmigung zum Bau einer Urananreicherungsanlage in New Mexico erhalten habe. Am deutschen Zweig der Urenco, der im westfälischen Gronau die einzige deutsche Urananreicherungsanlage betreibt, sind die Energieversorgungsunternehmen RWE und E.ON beteiligt. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und seine Mitgliedsinitiative Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau lehnen den Bau und Betrieb von Urananreicherungsanlagen generell ab, da derartige Anlagen mit radioaktivem Uran arbeiten, den Betrieb von Atomkraftwerken mit angereichertem Uran ermöglichen und weil sie das Atommüllproblem weltweit verschärfen. So werden z. B. jährlich enorme Uranrestmengen von Gronau nach Russland gebracht; eine sichere Atommüllentsorgung ist nirgendwo in Sicht.

Weiterhin kritisieren der BBU und der AKU Gronau, dass beim Bau von Urananreicherungsanlagen mit zweierlei Maß gemessen wird. Während die iranische Urananreicherung weltweit auf Protest stößt, bleibt die Kritik der Staatengemeinschaft aus, wenn z. B. jetzt Urenco in den USA eine weitere Urananreicherungsanlage bauen will. Ebenso wie die Anlage im Iran soll die neue Urananreicherungsanlage in den USA auch mit dem Zentrifugenverfahren arbeiten, das grundsätzlich auch zur Produktion von atomwaffenfähigem Uran geeignet ist. Udo Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes kündigte an, dass der BBU gemeinsam mit dem AKU Gronau die US-Botschaft in Deutschland auffordern wird, den Bau der Urenco-Urananreicherungsanlage in den USA zu unterbinden.

Weitere Informationen zum Thema Urananreicherung erteilt der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau unter Tel. 02562-23125.

Gemeinsame Pressemitteilung des BBU und des AKU Gronau vom 28.6.2006

Bundesregierung lehnt Versuchslabor Gorleben ab

Der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) liegt die Stellungnahme der Bundesregierung zu Planungen der Atomkraftwerksbetreiber vor, in Gorleben ein untertägliches Atommüll-Versuchslabor einzurichten. Am 3. Mai 2006 hatte der niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann bei einem Besuch in Gorleben gegenüber der Elbe Jeetzel Zeitung die Einrichtung eines Atommüll-Versuchslabors verkündet und die Unterstützung der Landesregierung zugesagt.

„Diese provokanten Aussagen stoßen bei der BI auf Entrüstung, u.a. weil die Forschungspläne von den Atommüllverursachern finanziert werden sollen, die in starkes Eigeninteresse an einer "billigen Lösung" des von ihnen produzierten Atommüllproblems haben", fasst der BI-Sprecher zusammen. Laut Planungen will die Gesellschaft für Nuklearservice, ein Zusammenschluss der AKW-Betreiber für ihre Ziele eine Professur an der Universität Clausthal stiften und weitere Wissenschaftler finanzieren. Nach einer kleinen Anfrage über die Fraktion Neue Linke hat die Bundesregierung wie folgt Stellung bezogen (Drucksache 16/1775).

„Gemäß § 23 Atomgesetz ist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zuständig für die Errichtung

und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle. Für das Erkundungsbergwerk Gorleben ist das BfS weder atomrechtlich noch bergrechtlich die Genehmigungsbehörde, sondern der Betreiber. Die Pläne zur Errichtung eines Untertagelabors im Salzstock Gorleben sind mit dem BfS nicht abgestimmt. Das Konzept ist dem BfS nicht bekannt". Ein Antrag zur Errichtung eines Untertagelabors sei bisher nicht gestellt worden.

Weiter ist der Antwort zu entnehmen: "Die Bundesregierung hält die Errichtung eines Versuchslabors im Erkundungsbergwerk Gorleben für nicht vereinbar mit dem derzeit geltenden Moratorium, das zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen am 14. Juni 2000 vereinbart wurde. Der Bund ist Verfügungsberechtigter über das Erkundungsbergwerk Gorleben. Ohne seine Zustimmung hat die TU Clausthal kein Recht zur Errichtung eines Untertagelabors im Bergwerk. Die Einrichtung selbst bedarf dann der Zulassung zumindest durch die Bergbehörde. Ob darüber hinaus noch weitergehende Zulassungen erforderlich sind, hängt von der Labortätigkeit ab". Die BI begrüßt die Stellungnahme der Regierung, wird aber "äußerst wachsam" bleiben. "Unsere Proteste wird der Baustillstand

in Gorleben aber nicht befrieden. Schließlich werden trotz angekündigter alternativer Standortsuche durch den nächsten Castortransport im November erneut unnötige und einseitige

Fakten für ein Endlager im seit den Achtziger Jahren als untauglich bekannten Gorlebener Salzstock geschaffen", fasst der BI-Sprecher zusammen.

Atommüllkippe Morsleben Stilllegungsverfahren läuft an

Am 13. September 2005 hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nach jahrelanger Verzögerung einen Großteil der für die Stilllegung des maroden Atommüll-Endlagers Morsleben notwendigen Unterlagen beim Umweltministerium Sachsen-Anhalt eingereicht.

Es ist nun also notwendig, in das Genehmigungsverfahren zur Stilllegung des ERAM einzugreifen und auf die vielfältigen Probleme hinzuweisen. „Wir werden euch auf die Finger schauen!“ war eine Aussage des Gründungstreffens des Morsleben-Netzwerks 2004. Keine faulen Kompromisse zugunsten irgendeiner „Wirtschaftlichkeit“! Natürlich gibt es auch in Morsleben keine Sicherheit. Indem wir darauf hinweisen und die Lösung der zahlreichen Einzelprobleme fordern, können wir deutlich machen, dass die Entsorgung des Atommülls weiterhin ungelöst ist - die Kosten für die Stilllegung des ERAM steigen in unendliche Höhen, die politische Tragbarkeit solcher Projekte kommt ins Wanken.

Zu fordern ist auch eine Untersuchung aller denkbaren Stilllegungsformen, auch so unpopulärer wie der Rückholung des Atommülls einschließlich ihrer Folgen. Ein anderer unzureichend vom BfS in Betracht gezogener Punkt ist die dauerhafte Offenhaltung der Anlage, um die weiteren Geschehnisse überwachen und bei Bedarf frühzeitig eingreifen zu können. Auch das hätte Nachteile: Die Kosten steigen allein für die Betriebsmannschaften ins Unermessliche und es besteht das Risiko der missbräuchlichen Nutzung

der eingelagerten Stoffe. Trotzdem sollten solche Varianten mit der aktuell geplanten Abschaffung des Messnetzes abgewogen werden.

Frühestens Ende 2006/Anfang 2007 wird die Auslegung der Planungsunterlagen des BfS erfolgen. Dann - der Bund weigert sich ja ohne weitere Begründung, mit Zwischenstandsberichten zu informieren - bekommen wir Gelegenheit das Stilllegungskonzept genauer zu betrachten. Allerdings ist es so gut wie unmöglich, innerhalb der kurzen Zeit von vielleicht zwei Monaten eine tiefgehende fachliche Analyse möglicher Schwachstellen auf die Beine zu stellen. Hier zeigt sich einmal mehr die Pseudo-Beteiligung, die dieses Verfahren darstellt. Trotzdem wollen wir versuchen, eine Schwachstellen-Analyse in Auftrag zu geben. Doch dazu brauchen wir sehr viel Geld. Und aktive Mitarbeit. An beidem mangelt es derzeit akut. Auf der Internetseite www.greenkids.de/morsleben findet sich eine Aufgabenliste mit Tätigkeiten, die andere zur Unterstützung beisteuern könnten. Auch jegliche Form von Öffentlichkeitsarbeit, die zu einer Sensibilisierung für dieses Verfahren führt, ist willkommen.

Spenden gerne und in großen Summen mit dem Verwendungszweck „Morsleben-Kampagne“ an Greenkids e.V., Konto 30 120 859, BLZ 810 532 72 bei der Stadtparkasse Magdeburg. Wir können auf Wunsch auch Spendenbescheinigungen ausstellen.

Frank Beyer

Proteste gegen Urananreicherung in aller Welt

Rund 80 Atomkraftgegner/innen aus dem gesamten Bundesgebiet haben am 18.6. vor dem Hintergrund eines drohenden Krieges gegen den Iran vor der deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau generell gegen Urananreicherung und gegen Kriege demonstriert. Mehrere Hundert PolizistInnen „bewachten“ dabei die UAA, damit sie niemand klaut...Bei einer Kundgebung konnte ich für den BBU und dessen Mitgliedsinitiative AKU Gronau eine Rede halten. Nach der Kundgebung verlangten DemonstrationsteilnehmerInnen am Tor der Anlage Einlass, um eine zivile Inspektion vorzunehmen. Als niemand öffnete, umrundeten sie das Werksgelände und inspizierten die Anlage von außen. Bereits am 16.6. wurde in der Nähe der UAA ein Protestcamp errichtet. An den Protesten nahmen auch Vertreter der russischen Umweltorganisati-

on *Ecodefense* teil. Auch Mitglieder der IPPNW unterstützten die Proteste. Veranstalter war die NIRGENDWO-Kampagne (Nirgendwo Urananreicherung – Nirgendwo Krieg).

In der Nacht zum 18.6. war es einigen Atomkraftgegnern gelungen, unbemerkt auf das Gelände der UAA zu gelangen. Damit wurde nachgewiesen, dass die Vorkehrungen gegen Sabotage und Anschläge völlig mangelhaft sind.

Mitte Juni hatte die Kampagne NIRGENDWO beim Petitionsausschuss der Bundesregierung eine Petition eingereicht, in der sie sich gegen die Kriegsdrohungen gegen den Iran ausspricht und ein Ende der Urananreicherung in Deutschland fordert. Weitere Informationen über die NIRGENDWO-Kampagne gibt es im Internet unter www.nirgendwo.info.

Udo Buchholz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

4. Lesenswertes

Neue Broschüre zum Thema Verkehr

ab sofort steht die neue Broschüre „VCD Fakten: Reduzierung der Umweltfolgen des Flugverkehrs“ zur Verfügung. Die Broschüre beinhaltet die Ergebnisse des gleichnamigen VCD-Projektes, das von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt finanziell unterstützt wurde. Die Broschüre gibt einen Überblick über die aktuellen politischen Prozesse, die für den Flugverkehr relevant sind. Sie zeigt die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs auf und möchte betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine Argumentationshilfe für einen besseren Schutz

an die Hand geben. Die Broschüre beleuchtet die vielschichtigen Wirkungen des Flugverkehrs auf Mensch und Umwelt und zeigt Instrumente auf, die geeignet sind, die negativen Folgen des zunehmenden Flugverkehrs zu reduzieren. Sie setzt sich darüber hinaus kritisch mit den tatsächlichen Auswirkungen des Flugverkehrs auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen auseinander.

Die 48-seitigen Broschüre kann für 2,50 Euro (Versand- und Bearbeitungskostenpauschale) bestellt werden beim VCD-Versandservice, Fon 02962/845865, E-Mail bestellung@vcd.org.

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
Ab dem 02.07.2006	Antiatom-Radtour: „Von Korsika nach Finnland“ mit Unterschriftenaktion	Start ist auf Korsika	Weitere Infos beim Initiator Ulrich Jälzsch unter Tel: 089/398881 und unter http://www.aufderachsedesboesen.net/d_impresum.html
08.07.2006	„Wir zeigen Polizei- und Atomstaat die rote Karte“ (Widerstandsfußballturnier)	Gedelitz im Wendland	Infos unter www.bi-luechow-dannenberg.de
15.-22.07.2006	Bauwoche	Gedelitz im Wendland	Infos im Internet unter http://wsc.outra.net/bauwoche
16.07.2006 14 Uhr	140. Sonntagsspaziergang	Ahaus, Castor- Atomülllager	Infos unter http://www.bi-ahaus.de/bi-sonntagsspaziergang0410.htm
22.-30.07.2006	Sommerncamp im Wendland	Gedelitz im Wendland	Infos unter www.sommerncamp-im-wendland.de
07.09. – 10.09.2006	Europas größte ÖKOMESSE	Bologna	Infos unter www.sana.it

6. Hilfreiche Tipps

Online-Protest für den Erhalt der Lacomaeer Teichlandschaft!

Vattenfall Europe will im Südosten Brandenburgs die Lacomaeer Teichlandschaft zerstören, um den kleinsten ostdeutschen Braunkohletagebau Cottbus-Nord im letzten Teilstück noch wenige Jahre weiter zu betreiben. Das Schutzgebiet von europäischer Bedeutung gehört mit über 170 Rote Liste Arten zu den ökologisch wertvollsten Landschaften der Region. Dennoch will Vattenfall

noch in diesem Sommer mit dessen Zerstörung beginnen. Ausführliche Informationen zur Sachlage gibt es im Internet unter: <http://www.lacoma.info/onlineprotest/LacomaDetailinfo200603.pdf>. Mit einer breiten öffentlichen Unterstützung soll ein Umlenken bei Vattenfall erreicht werden. Wir bitten euch daher den Online-Protest zu unterzeichnen! Den Online-Protest finden Sie unter:

www.lacoma.info/onlineprotest.htm

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 06/ 06

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder

können den Newsletter beim BBU anfordern.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionsschluss ist der 16. Juli 2006, 13 Uhr**. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de